



# Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



## AUS DEM INHALT

Ausgabe September 2009

- **Lissabon-Vertrag**
- **Wahl des Kommissionspräsidenten**
- **Parlamentarische Arbeit**
- **Traditionelle Rosé-Herstellung**
- **Hilfe für Somalia**
- **EU-Aufsicht in Finanz- und Bankenkrise**
- **Verwaltung des Internets**

*Liebe Leserinnen und Leser,*

eine Sommerpause in europäischen Fragen gab es insbesondere nicht für den Bundestag, der nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag bis zum 8. September noch „nacharbeiten“ musste. Ich bin froh, dass mit breiterer Mehrheit, alle außer den Linken, nunmehr der Ratifizierungsprozess dort vollendet wurde. Nach dem Bundesrat, der am 18. September abschließend berät, sollte der Bundespräsident noch vor dem irischen Referendum am 2. Oktober das Vertragsgesetz unterschreiben. Die Aussichten für einen Erfolg der Abstimmung sind diesmal gut.

Allerdings ist wiederum festzustellen: nachdem die Iren im vergangenen Jahr aus Gründen die mit dem Vertrag nichts zu tun hatten (Scheidung, Abtreibung, irische Neutralität) Nein sagten, werden sie diesmal aus einem wichtigen Grund der ebenfalls nichts mit dem Lissabon-Vertrag zu tun hat, Ja sagen: Sie sind dankbar, dass sie in dieser Krise den Euro haben. Das unterscheidet sie von Island. Weitere „Spielchen“ zeichnen sich in Tschechien ab: dort haben 17 Senatoren erneut eine Verfassungsklage eingereicht und außerdem finden jetzt einige Gefallen an dem deutschen Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag und wollen entsprechende Regelungen auch in Tschechien einführen.

Der Monat September ist auch im Europäischen Parlament eine spannende Zeit, denn der Kommissionspräsident wird aller Voraussicht nach am 16. September wiedergewählt. Die üblichen politischen Hackeleien im Vorfeld lassen bei mir aber keinen Zweifel an einer deutlichen Bestätigung entstehen.

Die Bundestagswahl am 27. September wird mit darüber entscheiden, wer der nächste Kommissar in Deutschland sein wird. Die CDU, die seit mehr als 20 Jahren keinen Kommissar mehr gestellt hat, beansprucht diese Position für jemanden aus den eigenen Reihen.

Mit großer Aufmerksamkeit schauen wir alle nach Irland. Wir sind zuversichtlich, dass am 2. Oktober diesmal ein „Ja“ zum Lissabon-Vertrag herauskommt.

Sie sehen, es bleibt spannend in Europa.

Herzlichst Ihr

*Michael Gahler*

 EVP-Fraktion

## Bundestag macht den Weg frei für den Vertrag von Lissabon

Es ist erfreulich, dass sich eine breite Mehrheit aus CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen im Deutschen Bundestag darauf einigen konnte, moderne Lissabon-Begleitgesetze zur Gestaltung der Beziehungen zwischen der Bundesregierung, dem Bundestag und dem Bundesrat zu erlassen. Die Anpassung des bisherigen geplanten Begleitgesetzes wurde notwendig, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerden gegen den Lissabon-Vertrag ablehnte. Die Abweisung dieser Klagen wurde mit dem Auftrag verbunden, großzügigere Mitwirkungs- und Kontrollrechte des Bundestages und Bundesrates gegenüber der Bundesregierung in EU-Angelegenheiten zu erlassen. Diesem Auftrag ist die Bundesregierung mit Unterstützung der

FDP und der Grünen mit dem jetzt verabschiedeten Gesetz nachgekommen.

Gemeinsam gelang es, dass die Länder und der Bundestag künftig für die Bundesregierung Vorgaben beschließen können. In Themengebieten, die die Länder berühren, wie das Arbeitsrecht, die Umweltpolitik und den EU-Haushalt wird dieses neue Instrument seine Wirksamkeit entfalten. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung bei europäischen Verhandlungen Stellungnahmen des Bundestages zu kommunalen Aufgaben berücksichtigen. In den Bereichen von Handelsabkommen, die von der EU-Kommission mit der Welthandelsorganisation (WTO) verhandelt werden, wird es eine Informationspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag geben.

des Bundestages gegenüber der Bundesregierung in EU-Angelegenheiten. Dies ist eine nationale Aufgabe unserer Staatsordnung. Es handelt sich also nicht um Probleme oder Makel des Lissabon-Vertrags. Darin sehe ich zugleich einen Erfolg der CDU-Europapolitik in den letzten Jahren, zunächst im Europäischen Verfassungskonvent und später in der Regierungskonferenz für den Lissabon-Vertrag. Bundeskanzlerin Merkel hatte an der Spitze der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 entscheidende Vorarbeit für das Reformwerk geleistet. Mit dem Lissabon-Vertrag wird die Europäische Union für die Aufgaben der nächsten Jahre ausgerüstet: Klare Zuständigkeitsregeln verbessern Aufgabenverteilung und Verantwortung der europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Ebenen. Die Stärkung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente in der EU-Gesetzgebung bringt mehr Einfluss für die gewählten Volksvertreter. Die soziale Marktwirtschaft wird als EU-Wirtschaftsverfassung festgeschrieben. Schließlich stärkt ein europäischer Außenminister die Rolle der EU in der Welt.



Als Parlamentarier freue ich mich über großzügigere Mitwirkungs- und Kontrollrechte

# Wahl des Kommissionspräsidenten

## Agenda für den Wandel



Als stärkste Fraktion im EP setzen wir weiterhin auf José-Manuel Barroso als Präsidenten der Europäischen Kommission. Seine Wiederwahl ist notwendig, um den begonnenen Umbau der europäischen Wirtschafts- und Finanzordnung fortzusetzen. Seine offizielle Nominierung durch die Staats- und Regierungschefs während des letzten Europäischen Rats stärkte ihm den Rücken, um seine Wiederwahl im September sicherzustellen. Ein weiteres Hinauszögern der Wahl wurde verhindert und das Lavieren anderer Fraktionen beendet. Wir können uns keine politische Instabilität angesichts der Wirtschafts- und Finanzherausforderungen leisten.

Die Vorlage der „Politischen Leitlinien für die nächste Kommission“ von Barroso weist in die richtige Rich-

tung. Angesichts der drängenden wirtschaftlichen Fragen schlägt er eine „Agenda für den Wandel“ vor. Ziel ist es dabei, die europäische soziale Marktwirtschaft nach den Grundsätzen der Subsidiarität und Solidarität weiterzuentwickeln. Kurzfristig bedeutet dies, die aktuelle Krise unter zur Hilfenahme des Europäischen Konjunkturprogramms aktiv zu bekämpfen. Mittelfristig müssen die Finanzmärkte so schnell wie möglich auf effiziente und verantwortungsbewusste Weise reformiert werden.

Besonderes Augenmerk wird in den Leitlinien auf den Ausbau der Kooperation mit dem Europäischen Parlament gelegt. Hierzu wird ein jährliches Treffen der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden sowie dem Präsidenten des Europäischen Parlaments mit

dem Kommissionskollegium vor der Annahme des Legislativ- und Arbeitsprogramms der Kommission vorgesehen. Darüber hinaus werden mehr regelmäßige Sitzungen mit der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden und die regelmäßige Teilnahme an einer Fragestunde im Plenum des Europäischen Parlaments zu vorab festgelegten Themen angeboten. Schließlich wird das Versprechen abgegeben, sämtliche anhängige Vorschläge zu Beginn einer neuen Kommissionsamtszeit unter Berücksichtigung der vom Parlament geäußerten Auffassungen zu prüfen und die rechtzeitige Übermittlung aller erforderlichen Informationen über Maßnahmen im Außenbereich sicherzustellen.

Im Rahmen der Neubesetzung der Kommission erhebt die CDU, nachdem sie wiederholt mit Abstand stärkste politische Kraft bei den EP-Wahlen in Deutschland geworden ist, den Anspruch, diese Funktion nach über 20 Jahren mit einem Vertreter aus ihren Reihen zu besetzen. Diese Entscheidung steht unmittelbar nach der Bundestagswahl an.

## Traditionelle Rosé-Herstellung gerettet

Rosé wird auch künftig unverändert als hell gekelterter Wein aus roten Trauben vertrieben. Die Europäische Kommission teilte mit, dass keine Änderungen der Regeln für die Herstellung von Wein vorgesehen sind. Dank des Drucks von europäischen Berufsverbänden gelang es, die Erlaubnis der Produktion von Rosé-Wein durch Zusammenmischen von Rotwein und Weißwein abzuwenden. Die 2008 eingeleitete Wein-



reform beinhaltet eine Änderung der Regelungen der Weinherstellung. Im Rahmen der Ausgestaltung der Durch-

führungsbestimmungen wurde sichergestellt, den Ruf des traditionellen Rosé-Weins zu erhalten.

## Parlamentarische Arbeit im Unterausschuss

### Sicherheit und Verteidigung

Seit Beginn dieser Legislaturperiode arbeite ich im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung als Koordinator oder auch sicherheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion. Diese neue Tätigkeit ergänzt meine bisherige Arbeit im Vollausschuss für Auswärtige Angelegenheiten.

Bereits seit zehn Jahren existiert die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), um der EU militärische und zivile Fähigkeiten zur Krisenbewältigung an die

Hand zu geben. Seit dem Beginn der ersten ESVP-Mission im Jahr 2003 bis zum Juni 2009 erfolgten 23 Einsätze, davon waren sechs militärischer, 16 ziviler und einer zivil-militärischer Natur. Die bisherigen Missionen wurden auf dem Balkan, in Afrika, Asien, dem Mittleren Osten und dem südlichen Kaukasus durchgeführt. Um gemeinsames Handeln angesichts internationaler Krisen zu erleichtern, gab sich die EU im Dezember 2003 eine Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), die Ende

2008 einer ersten Revision unterzogen wurde. Parallel zu dieser rasanten Entwicklung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperation nahm sich das Europäische Parlament (EP) dieses neusten Integrationsprojekts an und schuf 2004 den Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung im Rahmen des Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten.

Grundsätzlich erfolgt das parlamentarische Handeln auf drei Ebenen. Mit Beginn

einer neuen Legislaturperiode und zur Halbzeit wählen die Abgeordneten thematisch ausgerichtete Ausschüsse, in denen die Arbeit für das Plenum (erste Ebene) vorbereitet wird. Mit Blick auf außenpolitische Fragen werden Berichte und Resolutionen im Plenum diskutiert und verabschiedet.

Die zweite Ebene bilden die Ausschüsse. Das Parlament verfügte in der vergangenen 6. Legislaturperiode über insgesamt zwanzig parlamentarische Ausschüsse, die einen Umfang von 28 bis 86 Abgeordneten erreichten und die

terausschüssen -Menschenrechte sowie Sicherheit und Verteidigung -am mitgliedstärksten ist und als der prestigeträchtigste angesehen wird. Daneben existieren die außenpolitischen Ausschüsse für Entwicklung und Internationalen Handel. In den Ausschüssen werden Berichte diskutiert und abgestimmt, die zur abschließenden Beratung und Abstimmung ins Plenum überwiesen werden. Darüber hinaus werden die politischen Vorschläge und der Haushalt der Kommission und des Rates im Rahmen des Berichtswesens geprüft und dem Plenum zur

bene. Um der Kontroll- und Aufsichtsfunktion gegenüber der Europäischen Kommission und dem Rat nachzukommen sowie die formellen auswärtigen Kontakte zu pflegen und zu erweitern, hat sich das EP eine einzigartige Struktur der Delegationen gegeben. Damit bilden sie eine weitere Dimension neben den diplomatischen Beziehungen auf Regierungsebene. Ferner dienen die Delegationen dazu, die Verpflichtungen aus internationalen Vereinbarungen zwischen der EU und Drittstaaten zu überprüfen.

Zur parlamentarischen Kontrolle in diesem Bereich

stehen dem Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung folgende drei Instrumente zur Verfügung: Erstens Sammlung von Informationen und Austausch von Informationen, um Berichte, Fragen und Empfehlungen vorbereiten zu können. Zweitens Überwachung



politische Zusammensetzung des Plenums widerspiegeln. Folgende ständige Ausschüsse beschäftigten sich mit außenpolitischen Fragen, wobei der Auswärtige Ausschuss mit seinen zwei Un-

abschließenden Abstimmung übergeben.

Neben dem Plenum und den Ausschüssen bilden die Delegationen die dritte wichtige parlamentarische Arbeitse-

bung der zivilen Missionen im Rahmen der ESVP über das Haushaltsrecht des EP. Drittens Durchführung von Delegationsreisen zu Missionen und Operationen im Rahmen der ESVP.

## Europäisches Engagement für Somalia wird ausgeweitet

Bereits seit den 90er Jahren steht Somalia aufgrund eines sehr langen Bürgerkrieges vor einer fortgesetzten humanitären Katastrophe. Seit Jahren ist die Zentralregierung in Mogadischu nicht mehr in der Lage, die Herrschaft über das gesamte Land zurückzugewinnen.



Insgesamt lassen sich sechs Teilkonflikte identifizieren, die zum Teil zwischen unterschiedlichen Territorien, aber auch gegenüber der föderalen Übergangsregierung ausgetragen werden. Die EU verfolgt gegenüber Somalia einen integrierten Ansatz, der kurzfristig darauf setzt, die aktuellen Bedrohungen

durch Piraten zu minimieren, um langfristig das Land in eine stabile und sichere Zukunft zu überführen.

Nach Entscheidung des Rats wird die seit dem 8. Dezember 2008 laufende militärische Operation – EU NAVFOR – ATALANTA um ein

weiteres Jahr bis Ende 2010 verlängert. Mit dem Ziel, die Transporte des Welternährungsprogramms auf dem Seeweg nach Somalia und die Schiffe vor der Küste zu schützen sowie Piraten mit präventiven Maßnahmen abzuschrecken und gegebenenfalls zu bekämpfen, sind mehr als 1.200 Offiziere und Ma-

trosen für die maritime Operation in See. Im Zeitraum Dezember 2008 bis August 2009 wurden 41 Begleitfahrten durchgeführt und so mehr als 266 000 t an Lebensmitteln ausgeliefert.

Auch die weitere sicherheitspolitische Herausforderung am Horn von Afrika nimmt die EU an: Die EU unterstützt den Friedens- und Aussöhnungsprozess von Djibuti, der federführend von den Vereinten Nationen durchgeführt wird. Die EU liefert finanzielle und logistische Unterstützung der militärischen Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISIM). Darüber hinaus wird Somalia im Rahmen der

Gemeinsamen Strategie im Zeitraum 2008 bis 2013 215,8 Millionen Euro aus dem 10. Europäischen Entwicklungsfonds zu Verfügung gestellt. Im April einigten sich internationale Geberorganisationen in Brüssel darauf, die neue somalische Übergangsregierung mit 149 Millionen Euro zu unterstützen.

## Europäische Aufsicht in Finanz- und Bankenkrise gestärkt



Gemeinsam mit der Europäischen Kommission brachten

die EU-Staats- und Regierungschefs drei neue Aufsichtsbehörden auf den Weg, um die einheitliche Anwendung der EU-Finanzmarktregeln europaweit zu garantieren. Je eine Aufsichtsbehörde wird eingerichtet für Banken, Wertpapierdienstleister und Versicherer. Vorschläge für eine neue europäische Aufsichtsarchitektur werden von der Europäischen Kommission im Herbst unterbreitet, damit die neuen Einrichtungen ab 2010 ihre Arbeit aufnehmen können.

Neben diesen Einrichtungen soll ein „Europäischer Rat für Systemrisiken“, kurz ESRC für „European Systemic Risk Council“ bei der Europäischen Zentralbank (EZB) eingerichtet werden. Aufgabe dieses Rats ist es, gemeinsam mit den Aufsichtsbehörden die internationalen Finanzmärkte zu beobachten und im Rahmen eines Frühwarnsystems vor Risiken zu warnen sowie frühzeitig mögliche Gegenmaßnahmen zu empfehlen.

## EU engagiert sich bei Naturkatastrophen

Wir alle haben noch die traurigen Bilder der Verwüstung vor Augen, die uns in den Sommermonaten aus den verschiedenen Landesteilen Europas übermittelt wurden. Ende Juni führten anhaltende heftige Regenfälle in großen Teilen Bayerns, Österreichs, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarns und Polens zu schweren Überschwemmungen. Die Donau und all ihre Nebenflüsse traten über die Ufer.

Etwas später wurden Portugal, Spanien, Frankreich, Ita-

lien und Griechenland von einem ganz anderen Element heimgesucht - dem Feuer. Allein in der letzten Woche verwüsteten 67 verschiedene Brände in Griechenland eine Fläche von schätzungsweise 21 200 Hektar und vernichteten dabei fast zwei Millionen Bäume und mindestens 150 Häuser.

Zwar wurden dieses Jahr die europäischen Unterstützungsleistungen nicht angefragt. Doch wird ein Mitgliedstaat von einer Naturkatastrophe getroffen, dann

beteiligt sich die EU an der Koordinierung der Hilfsmaßnahmen und finanziert den Wiederaufbau der lebensnotwendigen Infrastruktur.

Dank der von der EU koordinierten Hilfe schickten Italien, Frankreich, Spanien und Zypern Canadair-Löschflugzeuge in das Gebiet um Athen. Die EU selbst verfügt über zwei solcher Flugzeuge, die auf Korsika stationiert sind und zur Bekämpfung von Waldbränden im Mittelmeerraum eingesetzt werden können.

## Verwaltung des Internets weltweit regeln

Im Laufe der letzten 40 Jahre hat sich das Internet von einem amerikanischen Regierungsprojekt zu einer globalen Kommunikationsplattform entwickelt. Die Verwaltung der Datenströme obliegt jedoch weiterhin einer einzigen Organisation – der in Kalifornien angesiedelten ICANN.

ICANN steht für „Internet Corporation for Assigned Names and Numbers“ (zen-

trale Vergabestelle für Internetnamen und -adressen) und ist eine gemeinnützige Organisation, die das Routing- und Adressensystem im Cyberspace beaufsichtigt. Die 1998 gegründete ICANN ist vertraglich an die US-Regierung gebunden und dieser letztendlich rechenschaftspflichtig, obwohl sie eine private Einrichtung mit internationalen Vorstandsmitgliedern ist.

Die Kommission hat wiederholt gefordert, dass die Internetaufsicht verstärkt auf internationaler Ebene geregelt werden müsse, da die Macht über einen derartig entscheidenden Bereich der Weltwirtschaft nicht in Händen eines einzigen Landes liegen dürfe. Im September läuft der Vertrag zwischen der ICANN und der US-Regierung aus – Anlass für die Kommission, ihre Forderung zu erneuern.

## Übersetzungswettbewerb für Schulen

*Juvenes Translatores*

„Juvenes Translatores“ ist ein von der Europäischen Kommission organisierter Schülerwettbewerb, der die Mehrsprachigkeit för-

dert. 27 EU-Mitgliedstaaten stattfinden. Schulen können sich vom 1. September bis zum 20. Oktober 2009 anmelden.

An der ersten Wettbewerbsrunde im Jahr 2007 nahmen 300 Schulen und 1500 Schülerinnen teil, 2008 waren es bereits 593 Schulen und 2247 Schülerinnen). Aufgrund der durchweg positiven Resonanz hat die Europäische Kommission nun beschlossen, 2009 in die dritte Auflage zu gehen. <http://ec.europa.eu/translation/con-test/index.htm>



dern und für den Übersetzerberuf werben soll. Der diesjährige Juvenes-Translatores-Wettbewerb wird am 24. November 2009 in weiterführenden Schulen aller

## IMPRESSUM

**Michael Gahler**  
Europäisches Parlament

**ASP 11 E 102**  
**B-1047 Brüssel**  
**Tel +32-2-2845977**  
**Fax +32-2-2849977**  
**michael.gahler@europarl.europa.eu**  
**www.michael-gahler.eu**

**Europabüro**  
**Odenwaldstraße 5**  
**D-64521 Groß-Gerau**  
**Tel.: 06152 - 932 594**

**Bildnachweis:** *Europäisches Parlament und Europäische Kommission.*